

Bundesnetzagentur
Beschlusskammer 8
Tulpenfeld 4
53113 Bonn

Hof, 15.12.2021

**Einleitung eines Verfahrens und Konsultation des Beschlussentwurfs
„Festlegung von Vorgaben für die Erhebung von Daten zur Durchführung des
Effizienzvergleichs der Elektrizitätsverteilernetzbetreiber für die vierte
Regulierungsperiode (Az. BK8-21/009-A)“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir nehmen Bezug auf den derzeit auf Ihrer Internetseite zur Konsultation gestellten Entwurf einer „Festlegung von Vorgaben für die Erhebung von Daten zur Durchführung des Effizienzvergleichs der Elektrizitätsverteilernetzbetreiber für die vierte Regulierungsperiode“.

Nachfolgend möchten wir von der uns eröffneten Möglichkeit zur Stellungnahme im Konsultationsverfahren Gebrauch machen. Die konsultierte Fassung des Beschlussentwurfs sowie der Anlagen V1 und V2 begeben nach unserer Auffassung folgenden Bedenken:

I. Frist zur Einreichung der Daten

Nach dem aktuellen Stand des Konsultationsentwurfs soll unser Unternehmen die Last-, Struktur- und Absatzdaten für das im Kalenderjahr 2021 abgeschlossene Geschäftsjahr in dem Umfang, der Struktur und mit dem Inhalt, wie sie in den Anlagen V1 und V2 vorgegeben sind, bis spätestens zum **30.04.2022** elektronisch an Ihre Behörde übermitteln. Daten zum Konzessionsgebiet, zur versorgten Fläche und zur Bevölkerungszahl für das im Kalenderjahr 2021 abgeschlossene Geschäftsjahr sind bis zum **15.10.2022** bei Ihrer Behörde einzureichen.

Hinsichtlich des Großteils der aufzubereitenden Daten bedeutet dies gegenüber den Vorgängerfestlegungen (Az.: BK8-17/0002-A sowie BK8-12/009) zu den Effizienzvergleichen der 2. und 3. Regulierungsperiode eine deutliche Verkürzung der Frist zur Datenübermittlung um vier bzw. drei Monate. Um zu gewährleisten, dass die

maßgeblichen Daten von unserem Unternehmen in der vorgegebenen Qualität aufbereitet werden können, erachten wir zunächst eine **Verlängerung der Frist** zur Dateneinreichung bis mindestens zum **31.05.2022** als erforderlich. Auf diese Weise könnte die für unser Unternehmen bestehende besondere Belastung durch mehrere regulatorische Datenabfragen im Zeitraum von Ende März bis Juni (z.B. Datenabfrage für Monitoring-Bericht; Meldung der Versorgungsunterbrechungen nach § 52 EnWG; Datenerhebung zum Qualitätselement sowie weitere umfangreiche Datenabfragen im Gasbereich) jedenfalls etwas vermindert werden.

Soweit **Daten** abgefragt werden, welche **auf Basis von EEG- bzw. KWKG-Testaten** aufzubereiten sind, sollte für diese die Frist zur Einreichung bis **15.10.2022** verlängert werden. Im bisher avisierten Fristlauf können mit Blick auf die gesetzlichen Vorgaben zur Testaterstellung insoweit keine finalen Daten eingereicht werden.

II. Umfang und Inhalte der Datenabfrage

1. Messlokationen

Im Erhebungsbogen (Anlage V2) werden unter 2.2.1.1. Messlokationen mit Leerstand abgefragt. Diese werden in Anlage V1 (Parameter Nr. 19) definiert als Messlokationen in einer Wohn- oder Gewerbeeinheit, die seit mindestens 12 Monaten leer steht und die gegebenenfalls durch Einbau eines Zählers und Einsetzen einer Sicherung wieder in Betrieb genommen werden können. Bei Ermittlung der Messlokationen mit Leerstand sind Netzbetreiber auf Schätzungen angewiesen, da nicht immer bekannt ist, ob tatsächlich ein Leerstand vorliegt bzw. ob und wann die Messlokation wieder in Betrieb genommen wird. Vor diesem Hintergrund wäre eine Präzisierung der Definition wünschenswert, etwa dahingehend, dass auch Messlokationen erfasst werden, an denen in den vergangenen Monaten beispielsweise ein nur sehr geringer Verbrauch stattgefunden hat (Eigentümergebrauch).

Im Erhebungsbogen (Anlage V2) unter 2.2.5 bis 2.2.10 sind Detailabfragen zu Messlokationen vorgesehen. Hierzu sollte zunächst klargestellt werden, ob diese Parameter in Summe dem unter 2.2.1. abgefragten Wert „Anzahl der Messlokationen im eigenen Netzgebiet“ entsprechen sollen.

Soweit die Anzahl der Messlokationen von Haushaltskunden abgefragt werden (Erhebungsbogen 2.2.7), wäre in der diesbezüglichen Definition (Parameter Nr. 24, Anlage V1) zu präzisieren, ob lediglich Messlokationen zu berücksichtigen sind, die „reine“, nicht steuerbare Ladepunkte enthalten oder ob auch Messlokationen erfasst werden sollen, welche beispielsweise eine Kombination aus Haushaltskunde und nicht steuerbarem Ladepunkt beinhalten.

An dieser Stelle sei zudem der Hinweis erlaubt, dass die Datenlage hinsichtlich der Ladepunkte ggf. nicht eindeutig ist, da viele private Ladestationen über keine separaten

Zähler verfügen und die Qualität der Daten von der zutreffenden Meldung der Ladestationen gegenüber den Netzbetreibern abhängt. In Anbetracht dessen sollte erwogen werden, die nicht steuerbaren Ladepunkte eher separat und somit nicht in Verbindung mit den Messlokalationen zu erheben.

Auf die von Ihrer Behörde bisher beabsichtigte, sehr detaillierte Abfrage der Messlokalationen **nach dem Verbrauchsintervall** im Erhebungsbogen (Anlage V2, 2.2.7 bis 2.2.9) sollte verzichtet werden. Unseres Erachtens sind etwa Differenzierungen bei der Abfrage der Messlokalationen nach „Haushaltskunden“ und/oder „Jahresbezug unter 10.000 kWh bzw. über 10.000 kWh“ nicht geeignet, die Kosten von Messlokalationen sachgerecht zu erklären. Kosten von Messlokalationen werden maßgeblich durch die eingesetzte Messtechnik bzw. den jeweiligen Zählertyp bestimmt. Sinnvoll könnte insoweit eher eine differenzierte Abfrage nach SLP- und RLM-Messlokalationen sein.

Unter dem Gesichtspunkt der Kostenverursachung bewerten wir es zudem als nicht sachgerecht, dass im Erhebungsbogen (vgl. Anlage V2) unter 2.2.10 „Anzahl der sonstigen Messlokalationen“ auch **reine Einspeisezähler** aufzuführen sind, unabhängig davon, welche technische Ausführung die betroffenen Messlokalationen haben.

2. Kaskadierung Jahresarbeit - Entnahme

Mit der Abfrage 3.3.11. im Erhebungsbogen soll die Position „Sonstige entnommene Energiemengen“ je Netz- und Umspannebene erfasst werden. Ausgehend von der hierfür gegebenen Definition (Parameter Nr. 85, Anlage V1) ist für uns nicht ersichtlich, wie sich Energiemengen wie Betriebsverbrauch, Messwerttoleranzen oder Betriebsverbrauch des Stromnetzes netz- und umspannenbenenscharf sachgerecht zuordnen lassen. Die bisherige Definition ist daher nochmals zu überprüfen und zu schärfen.

3. Einspeisemanagement gemäß § 13a Abs. 1 EnWG auf eigene Anforderung im Basisjahr

Weiterhin werden im Erhebungsbogen unter 3.6 „Daten für das Einspeisemanagement gemäß § 13a Abs. 1 EnWG auf eigene Anforderung im Basisjahr“ abgefragt. Die zugehörigen Definitionen (Parameter Nr. 101 ff., Anlage V1) nehmen Bezug auf § 13a Abs. 1 EnWG. Wir weisen darauf hin, dass § 13a Abs. 1 EnWG in der aktuellen Fassung erst seit dem 01.10.2021 gilt. Es könnte daher bezogen auf das Quelljahr 2021 zur Einreichung unvollständiger Daten (nur 4. Quartal 2021) kommen. Es empfiehlt sich daher eine Klarstellung in den maßgeblichen Definitionen.

III. Corona-Sondereffekte

Ihre Behörde bittet um konkrete Hinweise, bei welchen Daten der Datenabfrage mit Blick auf Corona-Sondereffekte Anpassungen erforderlich sind und wie diese umgesetzt werden sollten.

Es hat sich gezeigt, dass es insbesondere zu Veränderungen im Absatz – insbesondere von gewerblichen und industriellen Kunden – gekommen ist und auch vermutlich nochmals kommen wird. Aber auch eine Beeinflussung weiterer Parameter ist aufgrund der zahlreichen Auswirkungen des Pandemiegeschehens nicht auszuschließen.

Abschließend können solche Effekte bezogen auf das maßgebliche, derzeit noch laufende Jahr 2021 zum jetzigen Zeitpunkt keinesfalls beurteilt werden. Erst recht sind daher Aussagen dazu, durch welche adäquaten Maßnahmen bei der Modellparametrierung pandemiebedingte Verzerrungen der Effizienzwerte verhindert werden könnten, jedenfalls derzeit noch nicht möglich. Wir erwarten von Ihrer Behörde vielmehr, dass Sie zu diesem überaus wichtigen Thema auch weiterhin den Kontakt zur Branche suchen, damit jedenfalls im weiteren Verfahren entstehende Fragen geklärt und im Ergebnis vermeiden wird, dass es zu coronabedingten Verzerrungen im Effizienzvergleich kommt.

IV. Änderungen gegenüber Vorperiode

Unseres Erachtens sollte – gegebenenfalls zusammen mit der finalen Beschlussfassung – eine zusammen gefasste Darstellung der Änderungen von Definitionen bzw. des Erhebungsbogens im Vergleich zur Vorperiode erfolgen. Eine solche Dokumentation der vorgenommenen Veränderungen könnte Missverständnissen über Datendefinitionen vorbeugen und zu einer verbesserten Datenqualität beitragen.

V. Fazit

Mit Blick auf die dargestellten Bedenken bitten wir Sie, die von Ihnen beabsichtigte Entscheidung noch einmal intensiv zu prüfen und unter Berücksichtigung der erörterten Einwände entsprechend geändert zu fassen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Stadtwerke Hof Energie+Wasser GmbH

